

Bundesregierung muss Tourismus aufwerten DRV-Umfrage zeigt politischen Handlungsbedarf auf

Am Nachmittag des 23. Juni wird der Tourismuspolitische Bericht der Bundesregierung im Plenum des Bundestages diskutiert. Darin wird auf jüngere Entwicklungen, aber auch auf die künftige politische Weichensetzung Bezug genommen. Der Tourismus steht nicht zuletzt aufgrund der angespannten globalen Sicherheitslage vor großen Herausforderungen. Aber er ist und bleibt eine der weltweit dynamischsten Wachstumsbranchen. Dass eine effektivere politische Flankierung vonnöten ist, zeigt die aktuelle Umfrage unter Mitgliedern des Deutschen ReiseVerbands (DRV).

Bürokratie als Hemmschuh

Ein Großteil der DRV-Mitglieder sieht in praxisfernen und bürokratischen Vorgaben einen großen Hemmschuh für die erfolgreiche Entwicklung ihres Unternehmens. 74 Prozent benennen den Abbau solcher Vorgaben als eine von drei wesentlichen Maßnahmen, mit denen die Politik am einfachsten bessere Rahmenbedingungen für die Touristik schaffen könnte. Damit steht die Reduzierung bürokratischer Vorgaben an erster Stelle nach der Forderung nach der steuerlichen Entlastung kleiner und mittelgroßer Unternehmen (50 Prozent) sowie dem Wunsch nach einer stärkeren Vertretung tourismuspolitischer Interessen durch die deutsche Politik auf EU-Ebene (45 Prozent).

Wunsch nach Begleitung der Umstellung auf das neue Reiserecht

Damit der DRV in den kommenden Jahren möglichst fundiert und im Sinne seiner Mitglieder arbeiten kann, wurden die Mitglieder auch gefragt, welche drei Themen ihrer Meinung nach unbedingt politisch gelöst werden sollten. Auf Platz Eins steht der ausdrückliche Wunsch nach Begleitung der praktischen Umsetzung der neuen Regelungen im Reiserecht und ggf. Nachjustierung. 64 Prozent wünschen sich eine solche Unterstützung. Daher hat der DRV das Projekt „Neues Reiserecht – Fit für die Zukunft“ ins Leben gerufen. Der Verband bietet unter dieser Überschrift Seminare, Schulungen und Erklärfilme an und entwickelt fortlaufende weitere praktische Unterstützungsmaßnahmen. Mehr Rechtssicherheit in Bezug auf die gewerbesteuerliche Hinzurechnung rangiert auf Platz Zwei der Wunschliste (58 Prozent). Platz Drei nimmt das Thema Reform der Margenbesteuerung auf EU-Ebene ein (40 Prozent).

Digitalisierung als Herausforderung der Zukunft

Gefragt nach den wesentlichen Herausforderungen, mit denen sie sich in den vergangenen vier Jahren auseinandersetzen mussten, nannten die DRV-Mitglieder die Digitalisierung ihres Unternehmens (64 Prozent), dicht gefolgt von den Auswirkungen internationaler Krisenherde und Konflikte (63 Prozent), der Häufung rechtlicher Vorgaben und Bürokratie (62 Prozent) und der Gewinnung von Fachkräften (56 Prozent). Um die Digitalisierung als reale Chance greifbar zu machen, hat der DRV einen neuen Ausschuss zum Thema ins Leben gerufen. Dieser arbeitet regelmäßig auch mit branchenfremden Experten. Er hat mit seiner Arbeit die ganze Breite der Branche im Blick, wo Wissen und Digitalkompetenz noch sehr unterschiedlich ausgeprägt sind.

Hintergrund: Im September sind Bundestagswahlen

Am 24. September 2017 sind die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland aufgerufen, einen neuen Bundestag zu wählen. Die Wahl wird die politische Agenda für die kommenden vier Jahre definieren. Sie wird auch Einfluss auf die zukünftige Tourismuspolitik haben. Der DRV als Interessenvertretung der deutschen Reisebranche bringt sich kontinuierlich in die Gestaltung der Tourismuspolitik ein. Die Bundestagswahl ist nun eine wichtige Plattform, um die Interessen und

Prioritäten der Branche konzentriert an die zur Wahl stehenden Parteien zu vermitteln. Dazu wurde die Umfrage vom 22. Mai bis zum 3. Juni 2017 online durchgeführt.

Pressekontakt:

Dr. Ellen Madeker

Telefon: (030) 2 84 06-15

E-Mail: presse@drv.de

Unternehmen

DRV Deutscher ReiseVerband e. V.

Schicklerstraße 5 - 7

10179 Berlin

Internet: www.drv.de